

Emotionale Casino-Diskussion

Die Diskussion «Casino Boom – Spiel ohne Grenzen» brachte gestern viele Argumente auf den Tisch – dafür oder dagegen.

Susanne Quaderer

Was im Jahr 2010 seinen Anfang nahm, ist nun, rund neun Jahre später, nicht nur in der Politik oder an Stammtischen ein Dauerbrenner, sondern in der gesamten liechtensteinischen Bevölkerung: Das Geldspielgesetz. Die Auswirkungen desselben kennt jeder: Die Ruggeller Spielbank und das Schaanwälder Casino haben bereits seit längerem geöffnet, vier weitere sollen folgen. Dieser Umstand ist vielen in der Bevölkerung ein Dorn im Auge. Das zeigte sich auch an der gestrigen Diskussionsveranstaltung «Casino Boom – Spiel ohne Grenzen» der Freien Liste. Die Teilnehmer der Runde waren Michael Konzett, Anwohner des noch nicht realisierten Casinos in Balzers, René Nutt, Amt für Volkswirtschaft, Georg Kaufmann, Freie Liste (FL), Maria Kaiser-Eberle, Vorsteherin Gemeinde Ruggell sowie Peter Frick von der Vaterländischen Union (VU), der kurzfristig für Christoph Wenaweser einsprang. Geleitet wurde die Runde von Thomas Lageder (FL).

Die Politik ist gefragt

Die Meinungen auf dem Podium waren naturgemäss gemacht – auch in den Reihen der



Thomas Lageder (FL), Georg Kaufmann (FL), Peter Frick (VU), René Nutt (Amt für Volkswirtschaft), Michael Konzett (betroffener Anwohner) und Maria Kaiser-Eberle (Vorsteherin Ruggell) diskutierten gestern im Vereinshaus in Gamprin über die Casinos. Bild: Daniel Ospelt

Zuhörer waren die Einstellungen zur Sache relativ deutlich erkennbar. Ein, zwei Ausnahmen gab es dennoch.

Ein zentraler Diskussionspunkt war gestern Abend die Spielsucht. «Liechtenstein leistet einen Beitrag dazu, Spielsüchtige zu zeugen», erklärte eine Zuhörerin. Zudem würde ein grosser Imageschaden entstehen, dies vor allem innerhalb von Liechtenstein. «Die Politik

muss endlich aufwachen und das Problem lösen.»

In Zusammenhang mit der Spielsucht brachte ein Publikumsteilnehmer auch die von der VU gewünschte Zweckbindung der Geldspielabgaben an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) vor: «Ich will nicht auf Kosten von anderen Leuten meine AHV erhalten», erklärte er. Peter Frick ging auf die Aussage ein, er

könne ihn verstehen, aber mit der Zweckbindung könne erreicht werden, dass das Geld nicht einfach in einen Topf fliesse und man nicht wisse, für was es konkret gebraucht wird.

Eine weitere Zuhörerin erzählte, dass eine Nachbarin ihr gesagt habe, dass ihr 17-jähriger Junge im Casino spielen war. «Minderjährige dürfen die Spielbank nicht betreten», entgegnete ihr René Nutt. Er und

die dafür verantwortlichen Mitarbeiter beim AVW hätten alle Zutritte der Spielbanken überprüft. Dabei seien keine Fehlritte aufgefallen. Damit dies auch so bleibe, müssen die Spielbanken ein Sozialkonzept einhalten. Dieses wird ebenfalls mehrmals pro Jahr von den zuständigen Mitarbeitern des Amts für Volkswirtschaft überprüft.

Durch das Ruggeller Casino ergeben sich für die Gemeinde

Vor- und Nachteile. Die Spielbank sei ein Treffpunkt für die Einwohner und die Zusammenarbeit mit dem Unternehmen verlief gut, das sagte Maria Kaiser-Eberle. Ein Mehrverkehr sei jedoch auch in der Nacht spürbar. Kaiser-Eberle wünscht sich, dass die Gemeinden auch einen Teil der Geldspielabgaben erhalten. Sie brachte damit einen Punkt auf, der bisher noch nicht zur Sprache kam. Das tat neben der Vorsteherin auch ein Mann im Publikum: Er fragte sich, welche Arbeitsbedingungen für die zahlreichen Mitarbeiter der beiden Casinos vorherrschen und inwiefern es dahingehend einen Gesamtarbeitsvertrag gebe. Einen solchen gibt es laut einem weiteren Zuhörer im Publikum nicht. «Wir haben viel in die Weissgeldstrategie gesetzt und verdienen nun viel Kohle mit den Casinos, wie passt das zusammen?», fragte sich ein weiterer Gast. Dazu erklärte René Nutt: «Die Finanzmarktaufsicht überprüft die Spielbanken dahingehend – sie sind besser reguliert als jedes Finanzinstitut.»

Die Meinungen trafen sich gestern Abend nicht mehr. Viele waren sich aber einig, es braucht Lösungen und dahingehend ist nun die Politik gefragt.

«Die Sicherheit unserer Patientinnen ist oberstes Gebot»

Spitaldirektorin Sandra Copeland ist überzeugt, dass eine Geburtsstation heute qualitativ hochwertig betrieben werden könnte.

Interview: Desirée Vogt

Frau Copeland, Sie wollen sich für eine Wiedereröffnung der Geburtsstation einsetzen. Wäre eine solche Wiederöffnung nur im neuen oder auch im bestehenden Landesspital möglich?

Sandra Copeland: Eine Neueröffnung der Geburtsstation ist am neuen Standort flächenmässig vorgesehen. Die Wiedereröffnung im alten Gebäude wäre mit umfassenden Umbauten verbunden, also mit Investitionen in den Altbau, und diese haben wir derzeit weder berechnet noch vorgesehen. Damit der Schaffung der interdisziplinären Station letztes Jahr auch eine Verlagerung der Ressourcen stattgefunden hat, müsste auch in diesem Bereich neu gedacht und umgeplant werden. Denkbar wäre es aber grundsätzlich mit dem entsprechendem Aufwand. Im Neubau würden die neuen Erdenbürger mit ihren Müttern und Vätern aber die nötige Privatsphäre im Geburtszimmer und in Einzelzimmern bekommen, die in der heutigen Zeit einfach angemessen ist.

Können die Voraussetzungen gemäss Zürcher Modell bereits heute erfüllt werden?

Das Zürcher Modell schreibt eine Interventionszeit bei Komplikationen von 10 Minuten vor. Dies benötigt die Anwesenheit

der entsprechenden Fachkräfte, insbesondere des Personals im OP – also Anästhesie, des chirurgischen und des gynäkologischen Teams. Die ersten beiden Bereiche decken wir ab Februar 2020 durch die Inbetriebnahme der IMCU (Intermediate Care Unit) ab. Das Gynäkologie-Team müssten wir entsprechend rekrutieren. Wichtig ist auch, dass nur werdende Mütter ab der 35. Schwangerschaftswoche mit einem Baby von mind. 2000 Gramm Gewicht bei uns gebären dürften. Wer «Frühen» bekommt, muss zwingend in ein spezialisiertes Geburtshaus gehen.

Was wäre nötig, um eine Geburtsstation betreiben zu können. Wie gross wäre der Aufwand?

Der Aufwand wurde im Bericht und Antrag 16/2019 der Regierung beschrieben. Es bräuhete insbesondere gynäkologisches Personal, also Gynäkologen, welche Geburtshilfe machen möchten, Hebammen und entsprechend geschultes Pflegepersonal. Die Abdeckung muss über 24/7 gewährleistet sein, und dazu wird ein Personalschlüssel gerechnet, mit dem wir als «rund um die Uhr»-Versorger sehr vertraut sind.

Welcher finanzielle Mehraufwand würde dadurch entstehen?



Spitaldirektorin Sandra Copeland setzt sich für die Wiedereröffnung einer Geburtsstation ein. Bild: LLS

Auch diesen Betrag haben wir im angesprochenen Bericht und Antrag ausgewiesen. Wir rechnen bei 200 Geburten – dies ist die Geburtenzahl, die früher durchschnittlich am Landesspital erreicht wurde – unter dem Strich mit einem Defizit von rund 500 000 Franken. Es ist aber auch so, dass durch diese zusätzliche Leistung eine bessere Auslastung unserer Anästhesisten ermöglicht würde, da diese quasi «eh» da sind.

Wie stehen Sie zum Argument von FL-Co-Präsident

Pepo Frick, der eine eigene Geburtsstation als «unverantwortlich» erachtet, da diese bei der tiefen Geburtenzahl nicht qualitativ hochwertig betrieben werden könne?

Die Sicherheit unserer Patientinnen ist jederzeit unser oberstes Gebot. Die Voraussetzung, um die Sicherheit im Bereich der Geburtshilfe gewährleisten zu können, müsste mit entsprechendem gynäkologischen Fachpersonal geschaffen werden. Die Grundbedingungen aus dem Bereich Anästhesie er-

bringen wir wie bereits erwähnt ab Februar 2020. Weiter muss ich mit der Falschinformation, dass eine Mindestfallzahl von 500 Geburten pro Jahr vorgeschrieben wäre, um eine ausreichende Qualität zu erreichen, aufräumen. Dies ist eine ökonomische Grösse. Wenn wir in unsere benachbarten Kantone schauen, wären wir mit 200 Geburten absolut im Mittelebereich. Keines unserer Partnerhäuser würde die Geburtshilfe weggeben wollen, selbst wenn sie diese quersubventionieren müssen. Keines dieser Spitäler ge-

fährdet werdende Mütter und ihre Kinder. Als Mutter von vier erwachsenen Kindern kann ich nur sagen, dass sicheres Gebären in der gewünschten und wenn möglich auch vertrauten Umgebung zu einem guten Start ins Leben beiträgt.

Warum ist es dem Landesspital ein Anliegen, wieder eine Geburtsstation zu betreiben?

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich mit ihrem Wunsch, im eigenen Land ihr Kind auf die Welt zu bringen, direkt an uns gewendet. Dieses Bedürfnis können wir nachvollziehen. Wir richten unser Leistungsangebot einerseits auf den aktuellen Bedarf und entsprechend dem Leistungsauftrag des Landes aus und sind andererseits bestrebt, die medizinischen Bedürfnisse im Land zu berücksichtigen. Seit der Schliessung der Geburtsabteilung haben wir uns stetig weiterentwickelt und sind heute durch das angestellte Fachpersonal in der Lage, die Anforderungen für ein Grundversorger-Spital gemäss «Zürcher Modell» zu erfüllen. Die positive Erfahrung durch eine Geburt ergibt eine nachhaltige Bindung zwischen werdenden Eltern und dem Spital. Diese möchten wir fördern.

*Das Interview wurde schriftlich geführt.